

LES SACRIFIÉS

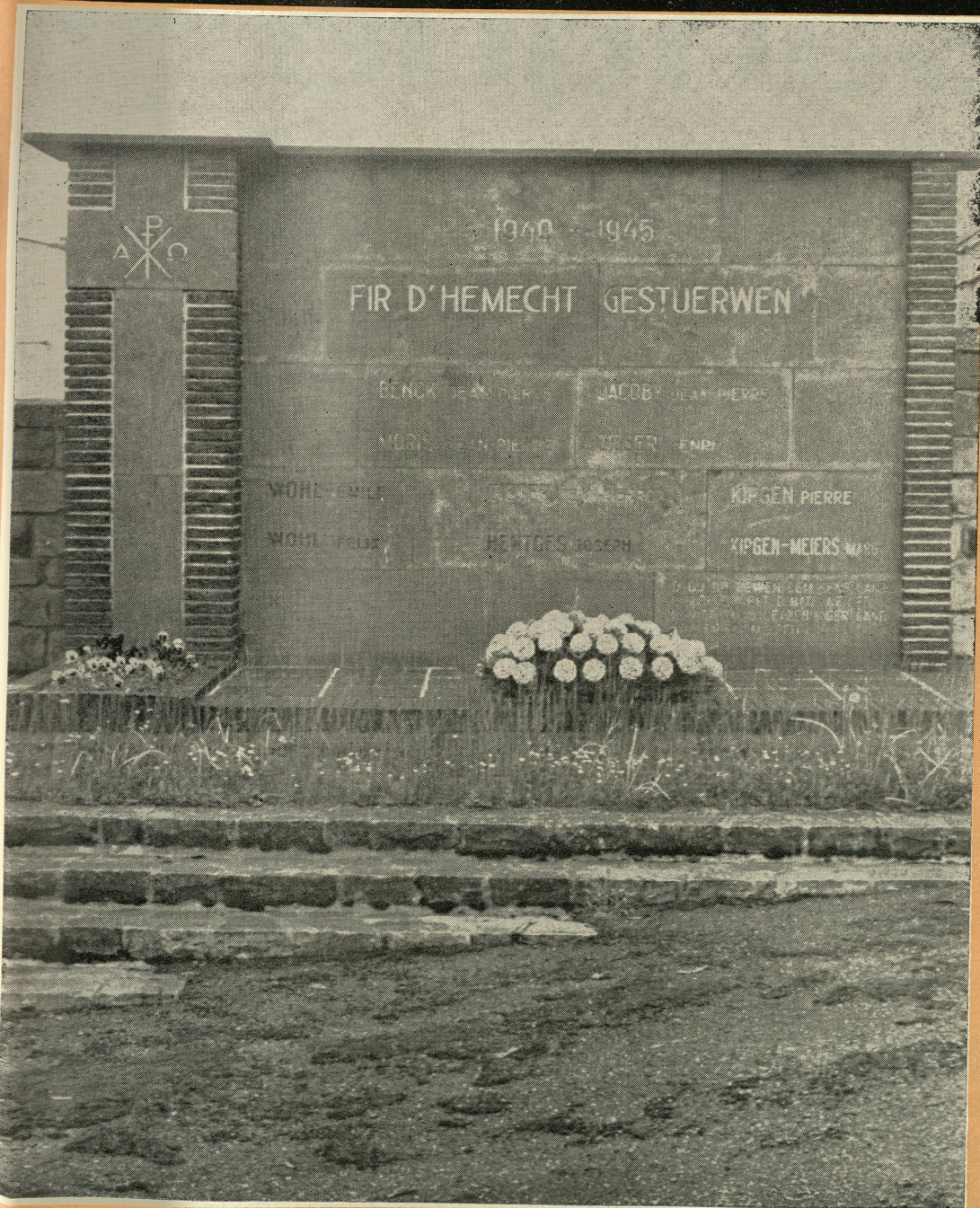
Bulletin mensuel de la Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force

N° 7 / 1971

11e année

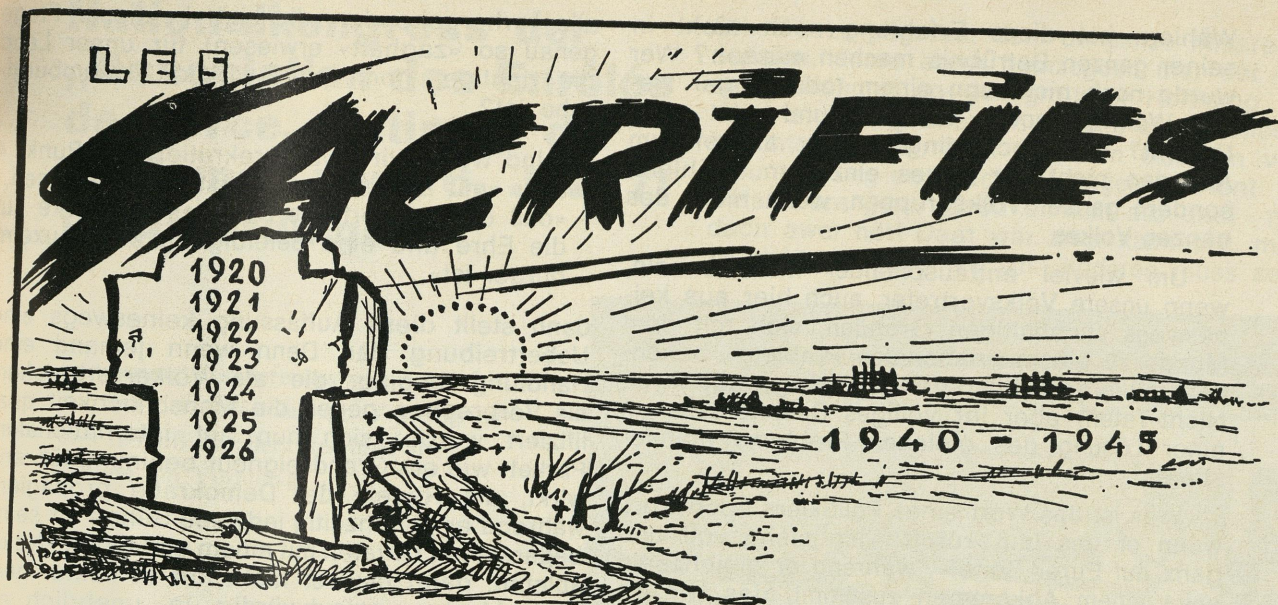
Prix: 8,- frs lux.

Abonnement: 60 frs



Monument aux Morts Vichten

Rédaction:
9, rue du Fort Elisabeth
Luxembourg



Tirage 10 000

Aus dem Inhalt

Nationalkongreß vom 6.6.1971
 Médaille de la Reconnaissance
 Nationale
 Generalversammlung der
 Föderation
 Deux secrétaires d'Etat
 Manifestation auf
 Kirchberg
 Bilanz einer Affäre
 Korrespondenz
 Och eng Spicht vum Rénert

**Fédération des Victimes du Na-
 zisme Enrôlées de Force a.s.b.l**
 Siège: Luxembourg, 9, rue du
 Fort Elisabeth — Case postale
 2415 **Luxembourg-Gare**
 C.C.P. 313-29

Rédaction du bulletin mensuel
 «Les Sacrifiés», Luxembourg, 9,
 rue du Fort Elisabeth Case
 postale 2415 — **Luxembourg-
 Gare**

**Service social aux Enrôlés de
 Force**, 9, rue du Fort Elisabeth,
 Luxembourg-Gare,

Tél.: 48 32 32

Fonds d'Action — C.C.P. 210-49

La Fédération représente:

l'Association des Parents des
 Déportés Militaires Luxembour-
 geois, Secrétariat 21, rue du
 Fossé, Luxembourg, C. C. P.

59-02 ● la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945, Case postale 382 — Luxem-
 bourg-Ville, C. C. P. 286-33 ● l'Amicale des Anciens de Tambow, Secrétariat: Kleinbettingen, 12, rue de la Gare,
 C.C.P. 240-07 ● l'Association des Enrôlés de Force Victimes du Nazisme, Secrétariat: Luxembourg, 9, rue du
 Fort Elisabeth Case postale 2415 — Luxembourg Gare, C.C.P. 313-24

Konsequenzen einer Resolution

Auf unserem diesjährigen Nationalkongreß in Differdingen zogen die Delegierten der «Association des Enrôlés de Force, Victimes du Nazisme» die Schlußfolgerungen, die sich aus dem Verhalten der nationalen, wie internationalen Persönlichkeiten und Organismen den Luxemburger Zwangsrekrutierten gegenüber ergaben.

In der Resolution, die wir in Nr. 6/71 veröffentlichten, sind sie zusammengefaßt. Und wir sind der Ansicht, daß diesem Schriftstück allergrößte Wichtigkeit bei zu messen ist; derart, daß wir es, zu jedermans bestem Verständnis, hier in seinen einzelnen Bestandteilen, auseinanderlegen möchten.

Der 1. Punkt hält fest, daß die Delegierten

«mit Befremden feststellen, daß keiner unserer politischen Organismen es bis heute fertigbrachte, ein nationales Problem, wie das der Zwangsrekrutierung, zu lösen.»

Mit Befremden. Jawohl. Und das Wort ist wahrhaft milde gewählt. Denn 26 Jahre nach Kriegsende dürften derartig umfassende, ein ganzes Volk angehende Probleme, deren Anlaß von internationaler Seite her der fürchterliche Stempel des Verbrechens gegen das Völkerrecht und des Kriegsverbrechens aufgedrückt wurde, nicht mehr existieren. Dieser Zeitraum hätte wahrhaftig ausreichen müssen, um eine Lösung zu ermöglichen. Insbesondere, da es keinen, aber auch nicht einen einzigen luxemburgischen Politiker gibt, der sich nicht wenigstens einmal zu dieser Auffassung bekannt hätte.

Aber Worte und Taten liegen, ach!, so weit auseinander! Gerade bei Politikern wird das, zu unser allem Leidwesen, erschreckend deutlich. Denn wer von uns, normal sterblichen

Wählern hat diese Erfahrung noch nicht in seiner ganzen Betrübniß machen müssen? Wer wurde noch nicht von einem (oder sogar vielen) Wahlverprechen vertröstet und . . . enttäuscht? Und doch ging es hier allzuoft um Anliegen nicht nur eines einzelnen Wählers, sondern ganzer Volksgruppen, wenn nicht des ganzen Volkes.

Um wieviel enttäuschender muß es sein, wenn unsere Volksvertreter, auch hier aus keineswegs stichhaltigen Gründen, sich mit dem Munde zu einem «nationalen Problem» bekennen, mit ihren Taten (oder richtiger gesagt: ihren Nicht-Taten) aber ihr völliges Desinteresse an einer Lösung des gleichen Problems manifestieren!

Was ist das Wort eines Politikiers noch wert, wenn er uns laut zuruft: «Ich stehe voll und ganz auf Eurer Seite!», während er gleichzeitig etwa einem Abkommen zustimmt, das wir als «Schandvertrag» heftigst abgelehnt haben?

Kann ein solcher Vertreter des Volkes (haha!) noch erwarten, daß wir ihm in Zukunft das geringste Vertrauen entgegen bringen? Kann er erwarten, daß wir ihm bei den nächsten Wahlen noch eine einzige Stimme geben? — Dann hält er uns doch wohl für das dümmste Stimmvieh, das je von der Sonne beschienen wurde!

Doch nicht nur von unseren Politikern im allgemeinen sind die Zwangsrekrutierten enttäuscht. Sie stellen in Punkt 2 der Resolution fest - und wieder «mit Befremden» -

«daß auch die jetzige Regierung nicht gewillt ist, eine zufriedenstellende Lösung herbeizuführen.»

Wir sind uns bewußt, daß dies eine schwerwiegende Anklage darstellt an die Adresse unseres hohen politischen Führungsgremiums, insbesondere an den Staats- und den Außenminister. Wir wissen auch genau, daß unsere Minister der Bundesrepublik u. Deutschland im allgemeinen keinen Krieg erklären können, weil jene sich in Bezug auf unser Problem nicht nur taub stellen, sondern ihr wiederholtes «Nein» ein hohes Maß an Arroganz bedeutet. Aber wenn unsere Delegierten feststellen müssen, daß (Punkt 3)

«die Regierung, 4 Monate nachdem sie ein neues «Nein» auf ihre Intervention im Interesse der Luxemburger Mädchen und Jungen, die zu militärischen und paramilitärischen Organisationen deportiert worden waren, von Bonn erhielt, noch nicht mit einem scharfen Protest reagiert hat»,

dann ist das wahrhaftig ein schillernder Beweis für das Nicht-Wollen unserer Regierung, einen **ernsthaften** Versuch zu unternehmen, die Luxemburger Interessen — nicht nur einer Bevölkerungsgemeinschaft, sondern der ganzen Nation (siehe «nationales Problem») — gegen die Erben Hitlerdeutschlands zu wahren. Muß sich daraus für einen seriösen Wähler nicht unweigerlich die Frage ergeben, ob diese Regierung (und

4 Les Sacrifiés

alle vorhergehenden, die sich in dieser Frage genau so «zaghaft» erwiesen) für unser Land die richtige, noch eine wirklich luxemburgische ist?

Und wenn wir Zwangsrekrutierte in Punkt 4 wieder «mit Befremden», konstatieren müssen, «daß die Antwort aus Bonn eine Attacke auf die Ehre und eine Beleidigung aller Luxemburger ist»,

dann stellt diese Auffassung keineswegs eine Uebertreibung dar. Denn wenn jemand eine Handlung beging, die als Völkerverbrechen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit qualifiziert wurde, sich nun auf internationalem Parkett wie ein Grandseigneur benimmt, föhrend wirkt, die Regeln der Demokratie propagiert, während er gleichzeitig jedwede Sühne für seine begangenen Untaten mit einem einfachen «Nein» ablehnt, dann muß er nicht nur in seiner heutigen Maske unglaubwürdig, ja, unehrlich erscheinen, sondern tatsächlich beleidigend für seine ehemaligen Opfer sein! Insbesondere wenn er sich dabei scheinheilig auf Abmachungen beruft (Pariser und Londoner Vertrag), die aus Güte zu seinen Gunsten geschaffen wurden, um ihm vor dem selbstverschuldeten Nachkriegsuntergang zu bewahren.

Umso bitterer muß es für uns sein, feststellen zu müssen,

«daß die luxemburgische Regierung sich durch ihr Verhalten mitschuldig macht an dieser Attacke und Beleidigung. Sie ist auf dem besten Wege, die Zwangsrekrutierten ein weiteres Mal zu verraten und zu verkaufen.»

Das Bitterste dabei ist, daß diese Anklagen, wie das Vorstehende wohl zur Genüge beweist, nicht einer einseitigen Auslegung, sondern der brutalen Realität entsprungen sind!

Wir fragen deshalb: Kann irgend ein politisches Gremium, sei es Regierung, Abgeordnetenkammer oder Partei, nachdem es sich nachweisbar von uns abgewandt hat, von uns noch die geringste Schonung oder gar Unterstützung erwarten? Können wir solchem Gebahren noch weiterhin mit Vertrauen gegenüberstehen?

Darf man uns auch heute noch, da wir doch wohl aus dem «dummen Jungen Alter» heraus sind, ungestraft für derartig dumm halten? Treibt man uns nicht wahrhaftig dazu, die während 26 langen Jahren gehegte Geduld zu verlieren? Will man uns wirklich zu unübersehbaren Massnahmen herausfordern?

Dann können wir nur den Schlusssatz der besprochenen Resolution wiederholen:

«Die Generalversammlung der Association des Enrôlés de Force, Victimes du Nazisme macht dringend darauf aufmerksam, daß die luxemburgische Regierung ganz allein verantwortlich ist für alle eventuellen Folgen.»

d.f.

Nationalkongress der „Association des Enrôlés de Force, victimes du nazisme“ vom 6. Juni 71 in Differdingen

Fortsetzung des Referates von Jos. Weirich, Präsident der Vereinigung und Schluß des Berichtes über die Tagung am Vormittag.

Blick in den Sitzungssaal →



«Et ass dann och einfach haarsträubend an erschreckend, wann én erfiert, wéi laang et dauert, éier en Dossier komplett ass. D'Rapport'en lossen méint- à joerelaang op sech waarden. Besonnesch laang dauert et an der Regel bis déi absolut noudwenneg Rapport'en vun de Dokteren vierleihen. Et leit eis é Fall vier, wou méi wéi 5 Joer op de medezineschen Rapport gewaart gouv. Et stellt sech hei dann onweigerlech d'Fro, virwaat an esou ville Fäll d'Rapport'en vun den Dokteren op sech waarde loos. An do si mir der Ménong, dat eis Dokteren iwerlaascht sin. Daat géht jo schon aus all dem ervier, waat mer an der lèschter Zäit héieren a geliess hun. Eis Dokteren hun allerhand Schwie-regkétéen mat der Regierung. Desweideren wöse mer och gené, wéi schlecht onse Staat bezieht. A menger Werrecht, wou ass dann nach an onsem Land én Dokter, dén nôt iwerlaascht ass, dén niewebelei och nach déglang Rapport'en studéieren an redigéiere kann? Et huet sech och erausgestallt, dat méschtens déi selwecht Dokteren mat Expertisen befaast gin. Onser Ménung no wier et ubruecht nôt nuren eng ganz beschränkten Zuel mat esou Expertisen ze be-laschten, mais d'Gesammthét vun eisem Corps médical. Mir gléwen an sin iwerzég, dat, wann en Dokter v'leicht émol am Joer am Fall wir, fir d'Expertise vun engem Fall ze maachen, da wir et endgültig eriwir mat dénen ongewéin-lech laagen Waartzäiten. An dann soll onse Staat och higoen, an ugemiessen Honoraren un eis Dokteren bezuelen.

Wann all dem, waat ech elo vierbruecht hun, Rechnung gedroe géiw, da misst et méiglech sin, dass vill Mößstänn behuewe géiwen. Un d'Memberen vun onsen Assoziatiounen riichten ech en drengenden Appell, sie sollen hir Saach suivéieren. Et géht nôt duer an d'Staadt bei den

Brix Pir ze pilgeren, dém de ganze Misère ze erzielen, durno erem hémzegen mat dèr falscher Ménung an der grousser Hoffnung am Härz, elo géing alles an d'Reih, et wir alles a bèschtem Botter. Den nächsten éischten vum Mount géing de Facteur engem d'Rent an d'Haus brengen. Esou einfach ass daat nun dach awer nôt! Daat wär zwar kammout, mais ze shéin fir wouer ze sin. Jidderén muss sech

schon eng Grimmel selwer om seng Affär kömmeren a schon ganz bestömmt muss en derhannert bliwen. Vum selwen gong a géht nie eppes an d'Reih.

Als Konklusioun kann é soen, dass mer frouh sin, dat den Service social eng Réalité gin ass. Dat mir en onbedéingt brauchen an, daß en vun äusserster Wichtigkét ass, doriwer bestéht haut nôt méi dén mannsten Zweifel. Et géht och aus all dem ervier, waat mer an dénen 5 Méint gesougen, wou den Service op der Plaatz ass. A wann én oder dén aneren haut nach méngt, hien wär gudd échappéiert, hätt de Krich gudd iwerstaanen, da kann et him passéieren, dass e muer schon v'leicht op déi gudd Dengschter vun sengen Komeroden ugewisen ass. Dann ass en frouh, wann en den Service Social kann an Usproch huelen. Kén vun ons alleguer kann mat Bestömmthét behaupten, hien bräicht këmeng senger. Waat elo nach nôt de Fall ass, kann schon iwert eng Stonn et sinn. D'Zäit spillt dobei keng Roll. Et ass kén vun ons esou gesond, ewéi en et wir, wann d'Preisen niemols an d'Land komm wären.»

Für sein Bemühen und seine Ausführungen applaudierten die Versammelten den Referenten, Jos. Weirich, stark u. nachhaltig. Anschließend wurden nachfolgend aufgezählte Kameraden mit dem «Ruban en argent» und dem «Ruban en or» ausgezeichnet, die der erste Schöffe des Differdinger Stadtrates, Herr Léon Eichhorn, ihnen anheftete.

In Gold: Mme Marguerite Steffen-Schmit (Esch-Alzette), Lambert François (Wiltz) und Philippe Nicolas (Obercorn).

In Silber: Heynen Georges, Hamen Jean, Meder Jos., Kerger Gaston, Boettel Marcel,

Les Sacrifiés 5

Guden Jim, Leick Camille, Paulus Marcel, Thill Jos., Heintz Erny, Schmit Jacques, Thein Jean, Streng Guillaume, Hein Eugène, Becker Marcel, Breithof Michel, Back Jos., Hoschet Pierre, Huppertz Ernest, Bernar Michel, Kaes Jos., Hilgert Edouard, Pepin Pierre, Thilmany Robert, Koppes Camille, Rosenfeld Paul, Thommes Marcel, Gillen Jean-Nic., Mamer Alphone, Meisch Alph. Grethen Henri, Haeck Henri, Steinmetz Eugène, Schroeder Edouard, Weyland-Kerschen Mme, Wohl-Anen Mme, Liber Roger, Gerson Eugène, Künzinger Joseph, Oberto Nicolas, Pignolo J.P., Feiereisen Jean, Esser Nicolas, Thill Jean, Gengler Nicolas, Brebsom François, Davaquet Edmond, Steichen Josy, Reckinger Guillaume, Ewen Raymond, Steffes Charles, Lorang Pierre, Jopa François, Lentz Willy, Roemer Charles, Peiffer J.P., Clement René.

Nach der Verleihung der «Rubans en or» und der «Rubans en argent» ergriff Herr Eichhorn das Wort um der Assoziation der Zwangsrekrutierten für die ihm erwiesene Ehre zu danken. Er bedankte sich ebenso dafür, daß die Stadt Differdingen ausgewählt worden war um dort den Landeskongreß der «Assoziation des Enrôlés de force, victimes du nazisme» abzuhalten. An die Adresse der Differdinger Sektion sagte Herr Eichhorn wörtlich:

«Ech soen der Sektioun Déifferdeng Merci, dat se et fêrdeg bruecht huet, de Kongress hei ze organisieren an domadden dénen friemen Kongressdelegierten Gelégenhét ze gin an enger schéiner, menge mir op jidde Fall, Ambiance e Kongreß vun esou enger Wichtegkét ofzehalen.

Médaille de la Reconnaissance Nationale

Am 20. Juni letzthin wurden im Festsaal des «Terre-Rouge-Gebäudes» 1139 Médailles de la Reconnaissance Nationale vom Staatsminister Pierre Werner an die einzelnen Vertreter der Sektionsvorstände der Zwangsrekrutiertenvereinigung übergeben, damit diese die Auszeichnungen an diejenigen Personen weiterreichen sollen, die sich im letzten Krieg aussergewöhnliche Verdienste um Volk und das Land Luxemburg erwarben.

Bei Gelegenheit dieser intimen Zeremonie im Ministerium für Transport hielt Staatsminister Werner eine Ansprache. Nach einem summarischen Rückblick über die Kriegsgeschehen der Jahre 1940 bis 1945 und die Verhältnisse welche damals im Großherzogtum herrschten, in einer Zeit, in der viele Luxemburger über sich selbst hinauswachsen, indem sie zeigten aus welchem Schrot und Korn sie wirklich sind, in jenem schwierigsten Abschnitt der luxemburgischen Geschichte sei die eigentliche Nation Luxemburg gewachsen. Auf vielen Opfern,

Wéi ech héiren hun, sin d'Problemer fir én wéi dén aneren vun iech. Si sin och nach nôt geléisst. Et ass elo nôt u mër als Gemengevertrieder dorop anzegoen. Mais ech kann iech awer versecheren, dass, waat an d'Rum vun der Gemengeverwaltung fällt, waat d'Enrôlés de Force ugéht, — an éch mängen do sin meng Frönn vun Differdeng, Uwerkuer an Niderkuer Zeihen, huet d'Gemengeverwaltung nach ömmer all Ennerstötzung den Organisationen vun den Enrôlés de Force zoukommen geloos.»

Herr Léon Eichhorn lud alsdann alle Kongressisten auf einen Ehrenwein ein, den die Gemeinde Differdingen in der Halle des Sportzentrums anbot.

Beim Ehrenwein ergriff Jos Weirich kurz das Wort um die hier präsenten Deputierten auf den Ernst der Probleme hinzuweisen, welche die Zwangsrekrutierten nicht zur Ruhe kommen lassen. Mit etwas gutem Willen und wohl auch mit einem kleinen Schuß Mut, könnten die Parteien und Deputierten die ganze Angelegenheit zum Wohle des ganzen Landes bereinigen.

An der Vormittagssitzung hatten seitens der Stadtverwaltung als Gäste teilgenommen, die Herren: Léon Eichhorn, (erster Schöffe), Lull Masson, (zweiter Schöffe), René Bürger und Marc Flammang (Deputierte und Gemeinderäte) sowie Nic. Eichmann, René Erpelding, Jos. Freismuth, Conter Jos. und Marc Scharlé (Gemeinderäte).

Der Bericht über die Nachmittagssitzung erscheint in der nächsten Ausgabe unseres Bulletin.

s.n.

Tränen und Blut sei sie aufgebaut. An die Adresse der Versammelten sagte der Regierungspräsident:

«Dir hut am Krich är Pflicht vis-à-vis vum Land gemaach. Haut kommen anerer, neier op iech duer. Dir hut elo dén Alter, an dém d'Mönschen räif sin, an op dénen hire Schölleren all Natiounen sech stäipen. Letzeburg mecht dobei këng Ausnahm.»

Nationalpräsident Jos. Weirich bedankte sich im Namen aller «Enrôlés» für diese dritte Promotion der «Médaille de la Reconnaissance Nationale» und für all das, was bislang im Interesse und zum Wohle der zur deutschen Wehrmacht verschleppten Luxemburger erreicht wurde. Er stellte Herrn Werner dann folgende präzise Frage:

«Firwaat, Här Staatsminister, refusiert Dir, fir d'Gesetz iwert den Dommages de Guerre ze änneren? Et ass déi allerhöchsten Zeit déi Diskriminatioon doraner erauszehuelen, déi all Enrôlé de force als eng Schmot em-

pfönd, déi gréisser ass ewéi d'Zwangsrekrutierung zur preisescher Wehrmacht, well se vun Letzeburger gemaach gouw. Waat ass dann daat fir eng Solidaritéit, vun dèr Dir schwetzt? Dir soot, Här Staatsminister, mir Enrôlés hätten Pflichten vis-à-vis vum Land, an dem Vollek! Hu mir an desem Land nömnen Plichten a keng Rechter? Hu mir wierkelech daat verdengt, waat mat ons gedrive gouw an nach gedrive göt? Am Krich ware mir Bierger au même titre, au même degré et à part égale, wéi ons Elteren, ons Familien an all aner Letzeburger. Zönter dem Krich, an daat bis op den heitegen Daag, ass et nôt méi de Fall. Wann schon vun Solidaritéit d'Ried géht a si ugeruff göt, da sit Dir émol solidarisch, huet äre Mut an zwou Hänn an ännert daat ominöst Krichsschiedegesetz. Wéi kann iwerhaapt vun Solidaritéit geschwaat gin, wann é grouse Grup vu Letzeburger als Bierger 2-ter oder esouguer 3-ter Katégorje behandelt göt?»

Auf diese Worte antwortete der Herr Staatsminister, indem er sich auf jenen Brief berief, den er der «Fédération des V. N. E. F.» am 28. Mai vorigen Jahres zukommen liess. (Diesen Brief findet der Leser im Bulletin «Les Sacrifiés» Nr. 4/71 auf Seite 4.) Es sei ihm einfach unmöglich das Kriegsschädengesetz abzuändern, weil dann damit zu rechnen sei, daß andere Gruppen neue Ansprüche stellen würden. Weiter sei er nicht dabei gewesen, als dieses Gesetz geschaffen wurde. Wenn die Zwangsrekrutierten seinem Standpunkt nicht zustimmen und ihm in seinen Ueberlegungen nicht folgen könnten, was er bedauere, und weiterhin in der unterschiedlichen Behandlung so wie sie nun einmal im Kriegsschädengesetz festgelegt wurde, eine Diskrimination sähen, so sollten sie zur Befriedung, zur Beruhigung der Geister auch noch das letzte Opfer bringen, — angesichts der vielen Opfer welche die Zwangsrekrutierten bislang brachten, sei dies letzte sicherlich das geringste- und das Gesetz akzeptieren, wie es eben vorliegt. Allen anderen Belangen der Zwangsrekrutierten würde er, der Herr Premierminister, sein volles Verständnis entgegen bringen, und würde, wie in der Vergangenheit, keine Mühe scheuen, damit jedem im Rahmen der luxemburgischen Gesetzgebung Recht und Genugtuung wiederfahre.

Anschließend nahmen die Vertreter von 36 Sektionen die 1139 « Médailles de la Reconnaissance Nationale», sowie die dazu gehörenden Diplome in Empfang. Auf dem die Feierstunde abschließenden Ehrenwein, hatte Staatsminister Werner die Gelegenheit sich mit den Vertretern der Zwangsrekrutierten zu unterhalten. Und diese hielten wahrlich nicht mit ihrer Meinung hinter dem Berge. Manche beklagten sich sogar recht bitter, über die Art und Weise wie in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart mit den Ueberlebenden einer arg dezimierten Generation von Luxemburgern verfahren wurde und wird.

Jo.

Anmerkung.

Die Zumutung des Herrn Staatsministers, wir Zwangsrekrutierte sollen ein weiteres, letztes Opfer bringen, indem wir uns stillschweigend selbst zu Bürger zweiter oder gar dritter Kategorie stempeln sollen, ist ein ziemlich starkes Stück. Die Diskriminierung der Angehörigen der Jahrgänge 1920 bis 1927, wie sie im luxemburgischen Kriegsschädengesetz festgelegt wurde, ist und bleibt, sollte das Gesetz nicht geändert werden, die grausamste und eine absolut erniedrigende Behandlung unserer gemarterten Generation. Was Fremde, die feindlichen Deutschen an schrecklichen Verbrechen an uns vollbrachten, dem setzten die Ausgewählten Luxemburgs die elendigste aller Dornenkronen auf.

Vergessen ist heute wie das ominöse, luxemburgische Kriegsschäden überhaupt zustande kam. Vergessen ist, daß die vielen Luxemburger, für die der hinterhältige deutsche Okkupant eine der niederträchtigsten Vertilgungs- und Ausrottungsprozeduren eronnen und angewandt hatte, ursprünglich in diesem Gesetz überhaupt nicht erwähnt wurden. Vergessen ist ebenfalls, daß so zu sagen in letzter Minute und zwar unter dem sich steigernden Druck der damaligen «Ligue Ons Jongen», Artikel 43 entstand. Dagegen wurde damals wie auch heute noch Sturm gelaufen. Damals schalt man uns «domm Jongen»! Wie recht allerdings die dummen Jungen hatten, zeigte sich nur allzu deutlich, als eine schwarzrote Regierung Ende der fünfziger Jahre auf eben gerade dieses faule Kriegsschädengesetz zurückgriff, als luxemburgischerseits der «Schandvertrag» mit der Bundesrepublik Deutschland ausgehandelt wurde.

Nach alldem, ist die Zumutung des Herrn Regierungspräsidenten tatsächlich das Ungeheuerlichste, was von uns Zwangsrekrutierten verlangt werden kann. Diesem Ansinnen werden wir niemals stattgeben. Und so verhärten sich halt weiter die Fronten! Leider, --- leider!

ETABLISSEMENTS

Buchholtz & Ettinger

ESCH-ALZETTE

Tél.: 54 32 10

11 et 18, rue de Luxembourg

Succursale à Pétange
14, rue de Luxembourg

Fers et Métaux — Quincaillerie
Outils pour menuisiers
Ferrements de meubles
Ferrements de Bâtimens

TRADITION PLUS QUE CENTENAIRE

Generalversammlung der „Fédération des victimes du nazisme, enrôlées de force“

Freitag, den 2. Juli 1971, im Café-Restaurant «Commerce» in Luxemburg.

Zur Generalversammlung der «Fédération des V.N.E.F.» für 1970 waren die Delegierten der hierin vereinigten vier Organisationen der Zwangsrekrutierten pünktlich erschienen. Bekanntlich ist die Föderation die Dachorganisation, in welcher die «Association des parents des déportés militaires», die «Amicale des anciens de Tambow», die «Ligue luxembourgeoise des mutilés et invalides de guerre» (L.L.M.I.G.), und die «Association des E.F.V.N.» zusammengeschlossen sind, um so die Interessen aller Zwangsrekrutierten besser wahrnehmen zu können, als dies bereits der Fall ist innerhalb der einzelnen Gruppen.

Es hatten sich dieses Jahr entschuldigt oder entschuldigen lassen: Herr P. Simonis, die Kameraden R. Mantz, J. Bichler, E. Steichen und R. Welter. Nachdem die Beschlußfähigkeit der Versammlung festgestellt worden war, ertatete Jos Weirich, Präsident, Bericht über die Tätigkeit im letzten Jahr. Das gesteckte Ziel, die Anerkennung und Behandlung der Zwangsrekrutierten als patriotische Opfer, so wie es die Luxemburger Regierung mit anderen Luxemburgern hielt, sei womöglich noch weiter entrückt. Staatsminister Pierre Werner beharrt auf seinem Standpunkt: Am Kriegsschädengesetz vom 25. Februar 1950 wird nichts geändert. Und damit liefert er den Nachkriegsdeutschen das beste Argument um sich an der moralischen und materiellen Entschädigung vorbei zu drücken. Diese bräuchten nicht einmal die Pariser und Londoner Verträge anzurufen um dies zu tun, denn das luxemburgische Kriegsschädengesetz liefert ihnen bereits eine feste Grundlage für ihr Verhalten. Die Haltung des Staatsministers und seiner Regierung macht von vornherein jedes Verhandeln mit der Bonner Regierung zur reinsten Farce.

Pro tempore bleibt alles beim Alten.

Eine Forderung, die im vergangenen Jahr eine zufriedenstellende Lösung gefunden habe, sei der «Service social aux enrôlés de force», der bereits seine ersten Früchte zeitige. Desweiteren ist ein Fortschritt zu verzeichnen, was das Anrechnen der verlorenen Kriegszeit an einzelnen Zwangsrekrutierten zur Pension anbelangt, sowie verschiedene Verbesserungen der Renten und Vergünstigungen von denen unsere Kriegsversehrten profitieren. Allerdings bleibe auf diesen beiden Gebieten noch manches zu verbessern und zu verwirklichen.

Emile Olsems Kassenbericht war zu entnehmen, daß er nicht nur eine mustergültige Buchführung tut, sondern daß auch die Ein- und Ausgaben der Föderation sich das Gleichgewicht halten. Seit langem wies die Kasse erstmals wieder einen Ueberschuß auf. Nach dem Bericht der Kassenrevisoren, wurde Kamerad E. Olsem einstimmig Entlassung gegeben.

Ueber die stark reduzierte Tätigkeit der Elternvereinigung berichtete R. Rodesch. Wie in allen vorausgegangenen Jahren, habe die Vereinigung ihre Suchaktionen fortgesetzt, und das obschon kaum noch Aussicht besteht, einen vermißten Luxemburger ausfindig zu machen. Findet sich einmal eine Spur, so endet sie damit, daß mit Gewißheit der Tod des Gesuchten festgestellt wird. Wie in der Vergangenheit, so nahm auch im Jahre 1970 eine Delegation der Elternvereinigung am Heimkehrertreffen der Deutschen teil. Dies geschieht hauptsächlich, weil man die Suchaktion nach vermißten Söhne der Heimat nicht aufgeben möchte. Zu viele Familien wissen nicht das Geringste über den Verbleib ihrer Kinder.

Der Heimkehrertag der Deutschen, der neunte in der Reihe, fand 1970 in Stuttgart statt. Vor 80.000 Teilnehmern ergriff R. Rodesch das Wort um über das Problem der luxemburgischen Zwangsrekrutierten zu sprechen. Der Präsident des Heimkehrerverbandes, Herr Werner Kiesling, sei vorzüglich im Bilde über das, was mit den Luxemburgern geschieht, die im letzten Weltkrieg zur deutschen Wehrmacht widerrechtlich eingezogen worden waren. In seinem Referat sagte Kiesling wörtlich:

«Trotz diesen eignen Anliegen spüren wir aber auch die Verpflichtung, auf Probleme unserer ausländischen Kameraden hinweisen zu müssen, die in kleinen Gruppen in besonderer Weise Opfer des Nazismus' wurden. Das sind einmal die luxemburgischen Zwangsrekrutierten und zum andern die in die deutsche Wehrmacht gezwungenen elsässischen Kriegsgefangenen. Ihre Zahl ist klein. Hier muß und kann eine Lösung gefunden werden.»

R. Rodesch führte bei dieser Gelegenheit ebenfalls ein längeres Gespräch mit Rainer Barzel (CDU), der meinte, in der Angelegenheit der luxemburgischen Zwangsrekrutierten müsse etwas geschehen.

Mathias Scholer, Präsident der «Amicale des anciens de Tambow» erstatte seinerseits Bericht über das, was er gelegentlich des

Kongresses, der «Malgré-Nous» im nahen Audun-le-Tiche in Erfahrung brachte. Die von unseren französischen Schicksalsgefährten bei ihrer Regierung erreichten Ziele, lassen uns Luxemburger nur noch weit deutlicher erkennen als dies ohnehin bisher der Fall war, wie sehr die luxemburgische Regierung seine Zwangsrekrutierten am Narrenseil führe. Was die materielle Entschädigung der «Malgré-Nous» seitens der Bundesrepublik Deutschland anbelangt, habe die französische ebenso wie die luxemburgische Regierung eine Absage erhalten. Allerdings habe es der Präsident der Assemblée Nationale, M. Chaban Delmas, im Gegenteil zum luxemburgischen Staatsminister Pierre Werner, nicht dabei bewenden lassen, sondern sofort weitere Schritte unternommen, um die Angelegenheit endgültig für Frankreich zu erledigen. In allen Fragen die die elsass-lothringischen «incorporés de force» beschäftigen, haben diese das Verständnis und die Unterstützung sämtlicher Politiker gefunden, ganz gleich welcher politischer Zugehörigkeit. Mit einer einmaligen großen Aktion im Parlament, nebst vielen Demarchen bei den einzelnen zuständigen Ministern, konnten für die «incorporés de force» einschneidende Resultate erzielt werden. Von den luxemburgischen Politikern kann das wirklich nicht behauptet werden. Und dabei handelt es sich hier um ein nationales Problem, derweil es für Frankreich sich um ein sehr begrenztes, ein regionales handelt, das nur Elsaß und Lothringen angeht.

Im letzten Teil der Generalversammlung wurden verschiedene administrative Fragen vorgetragen, diskutiert und erledigt, die die Föderation betreffen. Kam. Fern. Hurst unterbreitete der Versammlung folgenden Vorschlag:

Um sämtliche Interesse der Zwangsrekrutierten einschneidend und mit Erfolg wahrzunehmen, sollte in Zukunft jede der Föderation angegliederte Assoziation sich mit einem oder auch mehreren sie speziell betreffenden Fragen beschäftigen, sich generell mit sämtlichen Angelegenheiten befassen und dem Vorstand der Föderation die Ergebnisse ihrer Studien schriftlich unterbreiten. In der Folge könnte sich dieser in allen seinen Entscheidungen auf präzise und umfassende Unterlagen stützen. In voller Kenntnis der Sachlage, wäre ein Abstimmen und Koordinieren sämtlicher Studien, Referenzen und Vorschläge leichter zu erreichen und, was vor allem wichtig ist, die einzelnen Projekte könnten, weil eher spruchreif,

schneller und auch wirksamer den zuständigen Instanzen zwecks Verwirklichung vorgelegt werden.

Dieser Vorschlag wurde durch Abstimmen von der Versammlung angenommen.

s.n.

Imprimerie
Kremer - Muller & Cie

Imprimés de qualité

Esch-sur-Alzette
56, rue des jardins
Téléphone 521-85

WMF Kaffee-Maschinen
CIMBALI Espresso
GASTRONOM Geschirrspül-
maschinen

für Großküchen, Restaurants,
Cafés, Bars

Direkt-Import - Kundendienst

Jösy Juckem Luxembourg

60-62, rue de Strasbourg - Tél. 48 46 33

Polstermiwel en gros

Nous sommes spécialisés en

MEUBLES de SALON

Seulement le spécialiste peut vous offrir
les meilleures conditions

J. Weirich

DUDELANGE

40, avenue G.D. Charlotte Tel 511717

Importation directes des plus beaux modèles —
dans tous les styles — à tous les prix — choix
immense — des prix réellement de gros (jusqu'à
30 % de remise).

Visitez sans engagement nos salles d'exposition

Fern. Geimer-Sunnen

Ameublement - Menuiserie - Ebénisterie
Grand choix en meubles de tous genre
Exécution de travaux de Menuiserie et
d'Ebenisterie

Place de l'Eglise tél.: 6 91 82 Bech-Kleinmacher

Nettoyage à sec Presto Shop

89, rue de l'Alzette - Tél.: 54 02 34

LAVOIR-BLANCHISSERIE EDELWEISS

41-43, rue du Claire-Chêne - Tél.: 54 25 42

Dépôts officiels :

Luxembourg - 105, rue Ad. Fischer - Tél.: 48 11 48

Luxembourg - 95, avenue Guillaume - Tél.: 208 27

Luxembourg - 32, rue du Curé - Tél.: 4 19 88

Bettembourg - 4, route d'Esch - Téléphone 51 22 19

Deux Secrétaires d'Etat

Par un communiqué du Ministère d'Etat, service Information et Presse, nous apprenions que le Conseil du Gouvernement s'était réuni le 5 juillet sous la présidence de Monsieur Pierre Werner, Ministre d'Etat, Président du Gouvernement, et avait préparé des arrêtés à soumettre au Chef d'Etat en ce qui concerne les attributions des secrétaires d'Etat.

Le lendemain, 6 mai, Messieurs Emile Krieps et Dr. Camille Ney furent assermentés par le Ministre d'Etat et présentés à S.A.R. Mgr. le Grand-Duc.

Donc, depuis ce jour le nombre des membres du gouvernement luxembourgeois est porté de sept à neuf. Les secrétaires d'Etat ont la même responsabilité et les mêmes fonctions que les ministres avec la seule différence qu'ils ne possèdent pas de portefeuilles, mais participent à ceux des Ministres auxquels ils sont adjoints.

Cette mesure du Gouvernement a été motivée par son chef, M. P. Werner, par une croissance constante du volume de travail, dont se voyaient confrontés les sept Ministres. L'élargissement du Gouvernement permettrait une liquidation plus coulante des affaires gouvernementales.

Emile Krieps.

Monsieur Emile Krieps est né en 1920. Il était jeune instituteur au début de la Deuxième Guerre Mondiale. Son attitude patriotique lui remporta immédiatement après l'occupation du Grand-Duché par les Allemands des démérites avec ceux-ci. Après le passage au camp de concentration nazi de Hinzert, il se mit en route pour la Grande-Bretagne. Il traversa les zones occupées et non-occupées de la France, l'Espagne et le Portugal et rejoigna l'Angleterre. Là il s'engagea dans les «Special Forces» et fut parachuté en territoire occupé par les Allemands. Après la guerre il rentra et devint officier de carrière dans l'armée luxembourgeoise nouvellement créée. Depuis de nombreuses années il préside à l'Association des Anciens Combattants Luxembourgeois de la Guerre 1939-1945 et des Forces des Nations Unies. En 1970 il quitta l'armée, alors qu'il revêtait le grade de Lieutenant-Colonel. A la suite il s'inscrivait au Parti Démocratique, fut élu au Parlement et conseiller de la Ville de Luxembourg. Par sa nomination au poste de secrétaire d'Etat au Ministère de l'Intérieur, M. Krieps a dû renoncer aux mandats de député et de conseiller municipal. Il s'occupera dorénavant de l'aménagement du territoire, de l'urbanisation, de l'administration des Eaux et Forêts, chasse et pêche, ainsi que de la législation sur les loyers.

Dr. Camille Ney

Monsieur le Dr. Camille Ney est né en 1919. Après l'école primaire il visita d'abord l'Ecole Agricole de l'Etat et ensuite le gymnase de Diekirch. Après avoir débuté en sciences naturelles à l'université de Fribourg e/B., il abandonna parce que les théories racistes allemandes ne lui convenaient pas. A la suite il alla s'installer à Giessen où il étudia à la faculté de la médecine-vétérinaire. De là les nazis l'envoyèrent à Stahleck pour un cours d'éducation politique, puis à la prison de Luxembourg et ensuite au «Reichsarbeitsdienst». Les étapes suivantes le menèrent à un hôpital militaire et ensuite au maquis. Après la guerre il termina ses études en médecine-vétérinaire à Bruxelles. Il fut élu au Parlement en 1964 sur la liste de la circonscription nord du P.C.S. Récemment il fut nommé secrétaire d'Etat au Ministère de l'Agriculture et de l'Education Nationale. Il s'occupera de l'éducation pré- et post-scolaires, des bourses d'études, des internats, cantines, constructions d'écoles nouvelles et des transports d'élèves. Au Ministère de l'Agriculture il dirigera les ressorts: organismes techniques et de sécurité nationale, économie rurale, machines agricoles, médecine et laboratoires vétérinaires, remembrement des biens ruraux et caisses agricoles.

s.n

POUR VOS CHAUSSURES:
UNE SEULE ADRESSE:

Chaussures Margot

Propriétaire: **THOSS-JACOBS**
ESCH-SUR-ALZETTE
22, avenue de la Gare - Tél.: 532 63

Sche'nst Schong
Gre'sst Wiel
Bölleg Preisser

beim

GILLY

LETZEBURG, UM KRAUTMART

Die Manifestation vom 22. Juli auf Kirchberg

Im «gelobten» Land und Stadt Luxemburg tagten bereits zwei lange Tage hindurch die Außenminister der sechs EWG-Staaten. Am Vorabend des luxemburgischen Nationalfeiertages war der Abschluß der Verhandlungen um den EWG-Beitritt Englands nicht abzusehen. Die Luxemburger Vertretung war etwas irritiert und ein gewisses Unbehagen hatte sich ihrer bemächtigt, und das nicht wohl zuletzt wegen den Feierlichkeiten vom 23. Juni. Die Briten sind nun einmal keine leicht zur Strecke zu bringenden Gesprächspartner. In den frühen Abendstunden des 22. Juni wurde also auf Kirchberg im «Centre Européen» noch immer zäh und hart über isländische Milch, Butter und Käse verhandelt und gefeilscht. Müde und abgerackert waren nicht nur die Minister und deren Berater, sondern auch die vielen Presseleute. Sie hatten gewartet und warteten zu jener Stunde weiter auf das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen. Gelangweilt flanierten die meisten Journalisten auf der Vortreppe des luxemburgischen Europa-Gebäudes oder sie vertrieben sich die Zeit in dessen Empfangshalle.

Jedermann in Luxemburg wußte, daß Herr Walter Scheel, der deutsche Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, wie ebenfalls sein luxemburgischer Homolog, Herr Gaston Thorn dort anwesend waren. Seitdem die luxemburgische Regierung im Februar dieses Jahres auf ihr Memorandum hinsichtlich der Regelung der Zwangsrekrutierungsfrage eine Absage erhalten hatte die - nebenbei sei's hier nochmal erwähnt - den Luxemburgern regierungsseitig nicht bekanntgegeben wurde, nehmen die ehemaligen Zwangseingezogenen jede Gelegenheit wahr, ganz gleich aus welchem Anlaß Herr Walter Scheel oder sonstwer von jenseits unserer östlichen Grenzflüsse sich in Luxemburg aufhält, um ihn und wohl ganz bestimmt auch unsere eigene Regierung daran zu erinnern, daß die nachbarlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern **gar nicht** so gut sind, wie J. Bech und nach ihm andere es dem Volke vorgaukelten. Das Problem der Zwangsrekrutierung trübt eben alles und wirft weithin seine Schatten. Noch immer gilt es ein von Deutschen verübtes, schweres Kriegsverbrechen zu sühnen; an der luxemburgischen Regierung aber ist es, die von einer schwarz-blauen Regierung in ihrer Ehre herabgesetzten 20.000 Luxemburger zu rehabilitieren.

Was lag also näher, als daß diese geschädigte Gruppe von dem ihr zustehenden Recht Gebrauch machte, manifestierte und die internationale Presse auf das Malaise aufmerksam machte?

Also zog eine kleine Gruppe mit Transparenten vors Hochhaus auf Kirchberg. Von Kameramen umschwirrt und Bildreportern umgeben, stellten die ausländischen Journalisten hunderte, tausende Fragen. Sie wurden ihnen in den drei

Hauptsprachen bereitwilligst beantwortet. Alles verlief in größter Ruhe und schönster Ordnung. In der Halle des Hochhauses war National-Präsident Weirich gerade dabei die letzten Sätze seiner Presse-Erklärung zu sprechen, als unvermutet dort ein Polizeiaufgebot aufkreuzte. Befragt, wer sie geschickt habe, erteilten sie bereitwillig die Auskunft, das Kabinett des Außenministers habe sie nach dort beordert. Merkwürdig! Aber immerhin, Befehl ist Befehl.

Beim Eintreffen der Polizei hatten die Pressevertreter die Manifestanten derart umringt, so daß die Beamten es durchaus nicht leicht hatten zu diesen vorzudringen. Wer dabei war muß das schon wohl oder übel bestätigen. Unverzüglich gab es denn auch Proteste gegen das etwas undelicate Vorgehen der Polizei. Es entstand ein Tumult. Der Polizeibeamte Pündel versetzte einem französischen Journalisten einen Schlag ins Gesicht, was diesen und dessen Berufskollegen verständlicherweise in Aufregung brachte. Mittlerweile waren die Transparente im Verschwinden und niemand konnte mit Sicherheit sagen, wer Presseemann und wer Manifestant war.

Die ganze Angelegenheit hatte nur knappe fünfzehn Minuten gedauert. Der erwünschte Erfolg war gesichert und wäre die Polizei in ihrem Kasernement geblieben, alles hätte sich ohne den geringsten Zwischenfall abgespielt.

Sinn und Zweck der Manifestation wurden bereits vorhin erklärt. Vor allen Dingen sollte es keine Nachäffung oder gar eine Wiederholung der Brüsseler Bauernmanifestation sein im Verlauf derer eine Kuh in den Sitzungssaal der Minister gebracht worden war. Niemand wollte auch nur einen Minister direkt behelligen u. das Eindringen in den Sitzungssaal war nicht einmal erwogen worden. Es sollte schon gar keine Manifestation der Stärke oder Anlehnung mit den Behörden sein. Niemand besser als die Zwangsrekrutierten wissen wie unsinnig solches Vorgehen ist, und Blut haben sie alle an eigenem nur allzu viel gelassen, damals... Damals im Krieg, als dies geschah, glaubten sie mit ihrem Blut die Freiheit des eigenen Volkes zu erkaufen. Seit langem haben sie allerdings eingesehen, daß sie ihr Blut für manchen unwürdigen Luxemburger vergossen solche denen Macht und persönlicher Vorteil weitaus mehr bedeuten als Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Eine andere traurige Episode erbrachte dafür einen weiteren Beweis, so zu sagen als extra Draufgabe. Es hätte vollauf genügt mit dem Zwischenfall in der Halle des Hochhauses. Das war wirklich keine Referenz für das Großherzogtum Luxemburg. Als die Manifestanten sich zurückgezogen hatten, sich teils neben, teils in ihren Wagen befanden, vernahmen sie die weithin schallenden Hilferufe eines ihrer Kameraden. Beim näheren Hinsehen bemerkten sie, wie Freund Jemp Hamilius, der sich vor

wenigen Augenblicken von ihnen verabschiedet hatte und auf dem Weg zu seinem Wagen war, von Polizeibeamten in deren Streifenwagen gezerrt wurde. Was war geschehen?

Als Freund Jemp auf seinen Wagen zuging, kam er an den dort parkenden Polizeiwagen vorbei. Unvermittelt wurde er von hinten angebrüllt mit der Aufforderung, seine Papiere vorzuzeigen. Wie er dann den Kopf nach dem Frager Pündel wendete, dessen Ton wie Freund Jemp sich nachträglich ausdrückte, ihn an einen SS-Scharführer erinnerte, wurde er bereits von hinten am Arm gefaßt. Noch ehe er auch nur das geringste Wort sagen konnte, fühlte er wie der Griff des Polizisten härter wurde, wie er am Kragen gefaßt und in die Fourgonette gezerrt wurde. Es blieb nur noch gerade die Zeit um nach Hilfe zu rufen.

Als seine Kameraden beim Polizeiwagen anlangten, saß Jemp, der eine schwere Herzoperation hinter sich hat, im Innern. Ihm gegenüber der Polizist Pündel. Die Türen knallten zu. Aber die Abfahrt gestaltete sich etwas schwierig. Hinter dem Wagen lag einer von Jemps Kameraden auf dem Boden und hinderte die Abfahrt. Mit einem Ruck setzte der Fahrer seinen Wagen mit den Vorderrädern auf den Bürgersteig, wo eine Menge Presseleute sich aufhielt. Es war ein reiner Zufall, daß niemand bei diesem Manöver angestoßen wurde. Es hätte gerade noch gefehlt, daß jemand verwundet worden wäre!

Von der Fahrt nach dem Sitz des Ueberfallkommandos hat Freund Hamilius die schlechtesten Erinnerungen und Eindrücke mit nach Hause genommen. Doch bevor er ins Hauptbüro gelangte, änderte sich der Ton seines Wächters. Diesem war bis dahin aufgegangen, daß er es in der Person von Jemp Hamilius nicht mit einem dummen Jungen zu tun hatte. Ein zweiter Polizist, Herr Rippinger benahm sich ihm gegenüber äußerst korrekt.

Freund Jemp gab seine Personalien an und erklärte, er verweigere jedwede Aussage, da er diese nur vor dem Untersuchungsrichter abgeben würde. Etwa 20 Minuten nach dem Beginn des Vorfalles, nahmen seine Freunde ihn im Polizeikommissariat ab. Soweit diese Angelegenheit.

Die Beamten unserer Polizei sind durchwegs absolut anständige Menschen. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Es dürfte auch mal vorkommen, daß diesem oder jenem die Nerven versagen. Dafür haben wir das vollste Verständnis, denn auch Polizeibeamten sind Menschen und sie fristen kein leichtes Dasein. Im Umgang mit Menschen muß man allerdings behutsam sein, vorsichtig und vor allem menschlich.

Zum ändern kommen wir aber auch nicht an der Feststellung vorbei, daß wenn ganz oben irgendwer versagt, dies ungeahnte und schwerwiegende Folgen haben kann. Nur der ist der wirkliche Schuldige, wer die Weichen falsch stellt. Es ist landbekannt, daß die Zwangsrekrutierten, trotz aller Provokationen, bis auf eine

weit zurückliegende «klirrende» Ausnahme, überaus diszipliniert sind und sich nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen lassen. Will man nun aber höheren Orts Luxemburg zum Polizeistaat werden lassen, dann werden allerdings die «Sacrifiés» die ersten und schärfsten Gegner einer solchen Maßnahme sein.

Vorerwähnter Fall wird eine Lehre sein für alle Bürger im Großherzogtum Luxemburg. Was einmal möglich war, kann sich zu jeder Zeit wiederholen. Jede Organisation, ganz gleich welcher Art, und vor allem ihre Vorstandmitglieder, tun fürderhin recht wohl, wenn sie sich in acht nehmen. Freie Meinungsäußerung kann sehr gefährlich werden. Am vorliegenden Beispiel zeigt sich, eindeutig, sollte jemand an den Hebeln der Gewalt eine Manifestation nicht in den Kram passen, dann wird sie mit Polizeigewalt unterdrückt, Menschenrechte hin, verbriefte Rechte her. Wir sind in Luxemburg gefährlich nahe an die Diktatur heran gerückt. Oder sind wir etwa bereits mitten drin?

Nach der kleinen und doch wirkungsvollen Manifestation auf Kirchberg, sah die Vereinigung der zwangsrekrutierten Nazi-Opfer sich veranlaßt nachfolgendes Presse-Communiqué zu veröffentlichen, um dem zirkulierenden, meist widersprüchlichen Gerede die Spitze zu nehmen. Diese Erklärung erschien in den luxemburgischen Tageszeitungen, wobei das «Luxemburger Wort» eine Ausnahme machte.

Communiqué de presse

En date du 11 mars 1971, le ministre des Affaires Etrangères du Grand-Duché nous a fait savoir que le gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne se refuse à reconnaître la déportation de la jeunesse luxembourgeoise pendant la Dernière Guerre Mondiale comme un crime de guerre.

Il en résulte que les négociations germano-luxembourgeoises ont échoué. Dans ces conditions, nous tenons à souligner le manque de détermination du gouvernement Werner pour défendre les intérêts de ses nationaux.

Nous protestons contre cette carence coupable. Quant à nous, les Enrôlés de Force, nous sommes décidés, plus que jamais, à continuer la lutte au service d'une cause juste. La résolution prise au congrès de l'Association des Enrôlés de Force, victimes du nazisme, le 6 juin 1971, a mis le gouvernement luxembourgeois face à ses responsabilités.

Profitant du droit à la libre expression, dûment garanti par les droits de l'homme et la constitution luxembourgeoise, le seul but du groupe manifestant mardi, le 22 juin 1971, au Centre Européen à Luxembourg, était d'attirer l'attention mondiale sur un problème qui ne cesse d'envenimer dangereusement les relations entre nations européennes. Ce problème ne sera certes pas résolu en lâchant les forces policières contre de paisibles manifestants

sous les yeux de la presse internationale. Ce n'est pas non plus par une telle procédure que nos autorités servent la réputation du Grand-Duché.

En outre, l'incident du 22 juin enseigne à quiconque voudra à l'avenir exposer son opinion publiquement, soit en manifestant, soit en démontrant, qu'il risque la répression policière par des agents non à la hauteur de leur tâche.

En fin de compte, nous protestons formellement contre les reportages fallacieux de certains quotidiens. C'est éconduire l'opinion publique en diffusant des demi-vérités et des mensonges!

Les Enrôlés de Force.

Die Bilanz einer Affäre

Seit Beendigung des zweiten Weltkrieges ist bereits ein Vierteljahrhundert vergangen. Für uns, die Zwangsrekrutierten, ein Vierteljahrhundert der Hoffnung und der Enttäuschungen. Warum?

1944 schlug die Stunde der Befreiung für Luxemburg. Ein Weltkrieg ging zu Ende. Die luxemburgische Regierung kehrte aus dem Exil zurück. Sie wurde vom Volke mit großem Jubel empfangen. Hatten die Politiker diesen Empfang verdient?

Auch die luxemburgische Jugend, soweit sie das Grauen überlebt hatte, kehrte aus der Wehrmacht, aus Lagern und Verstecken zurück. Sie wurde zuerst «politisch entlaust» und bei negativem Befund, kommentarlos nach Hause entlassen. Hatte sie diesen Empfang verdient?

Wäre nicht gerade bei der Exilregierung eine «politische Entlaustung» notwendiger gewesen? Waren sie der Verantwortung, die sie für das Wohlergehen des luxemburgischen Volkes übernommen hatten, gerecht geworden? Waren ihre Entscheidungen, ihre Empfehlungen und Aufforderungen richtig gewesen? Ich glaube nicht!

War es richtig, daß Deutschland der Krieg erklärt wurde? War es richtig daß Luxemburger aufgefordert wurden, Widerstand zu leisten, zu einer Zeit, da wenigstens sie, die Politiker, im Ausland, genau wissen mußten, daß das Kriegsende noch in allzuweiter Ferne lag?

Hat nicht gerade dieser Aufruf zum Widerstand allzuvielen unnötigen Opfer gefordert? Ist nicht gerade das Befolgen dieser Aufrufe der Grund gewesen, daß die Deutschen zu Repressalien griffen und die luxemburgische Jugend zu Arbeitsdienst und Wehrmacht preßten? Haben nicht gerade diese Aufrufe zum Widerstand tausende von Menschenleben gefordert? Wäre es nicht vielmehr die Pflicht der Regierung gewesen, das Volk über die tatsächliche Lage aufzuklären und sie zur Besonnenheit zu mahnen?



Steichen

pâtissier-confiseur
luxembourg-47, av. de la liberté-tél. 27435

brauchte den dramatischen Effekt, den der spektakuläre Widerstand der Luxemburger in der Welt hervorrief, um ihre Existenzberechtigung zu untermauern. Nun war es aber gerade die Jugend, die einen Großteil der Resistenz stellte. Nicht umsonst sind gerade die Jahrgänge 20 - 27 einberufen worden, unter ihnen waren die verwegenen Resistenzler zu finden.

Das alles war schon vergessen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Glücklicher Mohr! Er konnte einfach gehen. Wir aber, die Zwangsrekrutierten, wir mußten uns zur Wehr setzen gegen eine gemeine Ehrabschneidung. Erneut wurden wir zum Kampf gezwungen, zu einem Kampf, der auch heute, ein Vierteljahrhundert später, immer noch weitergehen soll.

Soll, darf er wirklich noch weitergehen?

Ehe diese Frage entschieden wird, wäre es angebracht, eine Bestandaufnahme zu machen.

Dieser Krieg hat unsern Jahrgängen einen ungeheuren Tribut abgefordert. Unheimlich viele Tote sind zu beklagen. Unheimlich viele physisch Geschädigte. Alle Zwangsrekrutierten haben psychische Schäden erlitten. Der Zwang, mit unsern Feinden gegen unsere Freunde zu kämpfen, der Widerstand gegen diesen Zwang, hat zu einem Dilemma und zu einer unerträglichen Belastung geführt. Viele sind daran zugrunde gegangen. Viele leiden zeitlebens unter der Erinnerung. Hinzu kommt jetzt noch die Belastung der Nachkriegszeit, die dauernd gegenwärtig ist, dauernd aufgefrischt wird, sie macht uns krank. In unsern Versammlungen, bei Gedenkfeiern, immer wird erinnert. Die Verleihung von Auszeichnungen an «verdienstvolle Personen», sie wecken Erinnerungen, für uns schmerzliche Erinnerungen.

Das kann, das darf so nicht weitergehen!

Untersuchungen bezüglich der psychischen Auswirkungen bei Kriegsteilnahme, Lagerleben, Inhaftierung oder sonstigem andauernden seelischen Druck haben ergeben, daß, bei längerer Dauer, ernsthafte physische Erkrankungen entstehen, die in extremen Fällen zum Tode führen können. Bedenkt man nun, daß wir alle schon seit über 30 Jahren einem schweren seelischen Druck ausgesetzt sind, so darf man ruhig annehmen, daß bei uns solch ein extremer Fall vorliegt. Wieviele unserer Kameraden dieser seelische Druck schon zu einer «Bereitschaft zum Sterben», wie ein deutscher Professor dieses Phänomen nennt, geführt hat, wer vermag es zu sagen? Sollen auch wir weiterkämpfen bis zu einer «Bereitschaft zum Sterben»?

Ich bin dagegen! Wofür kämpfen wir eigentlich? Für unsere Anerkennung? Wer soll uns denn anerkennen? Eine Regierung, die ihre Verantwortungslosigkeit zur Genüge bewiesen hat? Das luxemburgische Volk, das uns im Kriege nicht helfen konnte und das uns nach dem Krieg im Stich ließ, als die Regierung uns erneut verraten hatte? Wir sind uns doch im Kla-

ren darüber, daß außer unsern Angehörigen und den guten Freunden, die im Kriege ihr eigenes Leben einsetzten um unser Leben zu schützen, niemand an unserm Schicksal interessiert ist! Unsere Angehörigen und unser Lebensretter haben uns ihre Anerkennung durch ihr Verhalten bewiesen. Sollen wir wirklich auf die Anerkennung von Leuten warten, deren Devise «Egoismus» heißt? Sind wir uns unseres eigenen Wertes so wenig bewußt? Wir selbst wissen doch, daß wir unser Bestes gegeben haben und können ruhig auf eine zweifelhafte Anerkennung verzichten! Sogar unsere toten Kameraden können auf eine solche Anerkennung verzichten!

Ihnen gegenüber haben wir eine ganz andere und viel größere Verpflichtung. Sollen sie nicht ganz umsonst, einer Utopie wegen, gestorben sein, dann haben wir die Verpflichtung, aus diesem furchtbaren Kriege eine Lehre zu ziehen! Wir müssen unsere Erfahrungen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse dazu benutzen, alles zu tun, um kommenden Generationen ein ähnliches Schicksal zu ersparen! Nur dann hat auch ihr Tod einen Sinn!

Die Jugend ist uns bereits voraus!

Die meisten von uns haben Kinder, die auch schon erwachsen und zu Persönlichkeiten geworden sind. Die meisten von uns stehen sicher auch vor einem Problem. Sie verstehen die heutige Jugend nicht mehr. Die Jugend rebelliert, sie demonstriert, sie hat keine Religion mehr und was noch alles. Kein Grund zur Panik, aber, ein Grund zum Nachdenken! Denn genau das macht die Jugend auch. Sie denkt, sie denkt kritisch und meistens sehr logisch. Die Jugend hat die Bilanz aus zwei Weltkriegen bereits gezogen und sie ist zu Erkenntnissen gekommen, zu denen auch wir schon längst hätten kommen müssen.

Politik und Erziehung:

Seit jeher hat die Politik ihre Hand auf die Erziehung gelegt und von Kind an wird der Mensch in eine bestimmte Schablone gepreßt. Idealismus, Nationalismus, Gehorsam, das sind die Hauptbegriffe in der Erziehung. Sie werden so in ein Kind gepreßt, daß sie zum festen Bestandteil seines späteren Lebens werden. Diese Erziehung war seit jeher die Waffe der Herrscher und Politiker, auf die sie zurückgreifen konnten, um ihre eigennützigen Ziele zu erreichen. Anerzogener Nationalismus und Kadavergehorsam ermöglichten es, Kriege zu führen, wann immer es den Herrschenden einfiel.

So war es möglich, daß in Deutschland ein einzelner Mann ein ganzes Volk ins Chaos treiben konnte. Er brauchte bloß die richtigen Töne anzuschlagen. Die Töne vom großdeutschen Reich, vom Uebermenschen usw. Schon war es geschehen. Die Folgen von Tradition und Erziehung!

So war es auch in Luxemburg. Die Regierung brauchte bloß von London aus ihre Slo-

gans von Freiheit und Widerstand herüberzufen und ein kleines Volk stellte sich in selbstmörderischer Weise gegen einen Giganten. Die Folge von Tradition und Erziehung! Das hat die Jugend bereits klar erkannt.

Die Politik ist bisher noch immer vom Egoismus bestimmt worden. Die Politik hat auch noch in jeden Bereich Eingang gefunden, auch in den Bereich der Kirche. Die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte zeigt deutlich die enge Verbindung von Politik und Kirche und es ist deprimierend zu lesen, welche schauderhaften Verbrechen durch Herrscher unter Mitwirkung der Geistlichkeit verübt wurden. Heute haben sich zwar die Methoden verfeinert, es gibt in unserem Lande keine Folterungen und öffentlichen Hinrichtungen mehr, jedoch die Lage an sich, sie ist noch unverändert. Auch in Luxemburg hat die Kirche tatenlos der psychischen Tortur zugesehen, die an den Zwangsrekrutierten verübt wurde. Die psychische Tortur ist anerkanntermaßen genau so grausam wie die physische und sie kann genau so tödlich sein! Und das in Luxemburg! Wo die Kirche solch großen Einfluß hat! Es hätte nur ihrer eindeutigen Stellungnahme bedurft und das gesamte Volk hätte sich gegen die von der Regierung verübten Ungerechtigkeiten aufgelehnt!

Aber, die Kirche schwieg! Auch hier wird der Egoismus deutlich! Die Kirche konnte und wollte es nicht mit der Regierung verderben!

Wie paßt solches Verhalten zu dem Christenwort: Was ihr dem geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan? Wie paßt dieses Verhalten zu den Gepflogenheiten der Kirche, Unrecht anzuprangern, wenn es im Ausland geschieht?

Die heutige Jugend hat den Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen der gepredigten und der praktizierten Religion, erkannt und sie distanziert sich davon. Die Jugend ist nicht ohne Glauben, aber sie will Wahrheit und Gerechtigkeit!

Die im Bilde sind, haben Aussicht . . .

Die Jugend hat noch mehr erkannt. Sie macht sich Sorgen. Sehr große und sehr berechtigten Sorgen. Sorgen um ihre Zukunft. Schon seit längerer Zeit ist ein neues System im Wirtschaftsleben eingeführt worden, das Kreditsystem. Unter dem Schlagwort: «Kaufe heute, bezahle später», wird der Verbraucher aufgefordert, mehr zu kaufen als er sich leisten kann. Dieses System funktioniert wunderbar u. so ist es kein Wunder, daß viele Leute heute schon das Geld ausgegeben haben, das später einmal verdient werden soll. Auch die Regierungen haben dieses System akzeptiert, erlaubt es doch auch ihnen, das in der Zukunft zu verdienende Geld bereits heute auszugeben. Seit der Einführung dieses Systems hat sich eine gefährliche Entwicklung angebahnt. Bekanntlich gibt sich das Geld, das man nicht erst mühsam zusammensparen muß, viel leichter aus und die Schulden, die laufen nicht weg.

So können also die Regierungen munter draufloswirtschaften. Ohne Sorgen werden Anleihen aufgelegt. Noch hat man ja die permanenten Lohnforderungen. Mit sorgenvoller Miene, jedoch innerlich frohlockend, gibt die Regierung immer wieder diesen Forderungen nach. Die unweigerlich darauf folgenden Preiserhöhungen stellen ja das Gleichgewicht wieder her. Diese Lohn-Preisspirale kennen wir schon sehr lange. Ein anderer Name dafür heißt Inflation. Diese Inflation aber ist von den Regierungen gewollt, denn nur diese heute praktizierte, gesteuerte Inflation erlaubt es den Regierungen, über ihre Verhältnisse zu leben. Durch diese gesteuerte Inflation verringert sich die Staatsschuld automatisch, wohl bleibt sie zahlenmäßig auf der selben Höhe, wertmäßig aber wird sie kleiner. Die Gewinner dieses Spieles stehen bereits fest, denn nur die, die genau im Bilde sind, haben Aussichten. Wer aber stiftet die Preise?

Soll eine Inflation nicht sofort deutlich spürbar werden, müssen besondere Maßnahmen ergriffen werden. Eine dieser Maßnahmen ist die Ankurbelung der Wirtschaft. So gesellt sich zu der Lohn-Preisspirale eine Produktions-Konsumspirale. Massive Reklamen und großzügige Kreditangebote erzeugen im Konsumenten den Wunsch nach einem höheren Lebensstandard. Die Produktion kann vergrößert werden, neue Arbeitsplätze stehen zur Verfügung, dadurch kann der Konsum gefördert werden. Die Spirale dreht sich. Es wird mehr produziert als notwendig, es wird mehr konsumiert als notwendig. Naturschätze werden ausgebeutet und verschleudert. Um Produktionskosten zu sparen, wird die Umwelt vergiftet. Um höhere Erträge zu erhalten, werden Nahrungsmittel so präpariert daß sie zu einer Gefahr für die Gesundheit werden. Was macht es? Die Hochfinanz muß leben und sie will gut leben!

Politiker gehören auch zur Hochfinanz, die einen mehr, die anderen weniger, aber immerhin, sie gehören dazu. Ebenfalls die führenden Gewerkschaftler. Es ist ein rührendes Bild, zu sehen, wenn Politiker zum Maßhalten auffordern, wenn sie die überhitzte Konjunktur abbremsen wollen, wie sie schweren Herzens den Forderungen einer Druckgruppe nachgeben und Zugeständnisse machen. Diese Darbietungen sind oft bühnenreif. Sie brauchen doch gerade diese überhitzte Konjunktur, sie brauchen die Inflation, sie schlagen doch Kapital daraus! Was kümmert sie das Wohlergehen des Volkes? Die Vergangenheit hat es doch bewiesen!

Schillernde Seifenblasen

Wohl wenige haben sich bisher Gedanken über die ferne Zukunft gemacht. Betrachtet man unser Staatsbudget, so kann man sich des Eindruckes nicht verwehren, daß es einseitig auf die Gegenwart zugeschnitten ist. Gehälter, Löhne, soziale Zuwendungen, Subsidien, sie machen die Masse des Budgets aus. Bei permanenter Hochkonjunktur mögen diese Ausgaben tragbar sein, obwohl heute bereits Zweifel darüber bestehen. Auf die Dauer nicht tragbar

aber dürften wohl die großzügigen sozialen Verbesserungen, Pensionshöhe, Pensionsalter usw. sein. Schon heute steht fest, daß in absehbarer Zeit die Fonds nicht mehr ausreichen, die für die Auszahlung der Pensionen und Renten benötigt werden. Für die Verwirklichung dieser sozialen Versprechungen, die für den Großteil der Bevölkerung noch in weiter Zukunft liegen, fehlt einfach die Basis.

Um diese Zukunftswchsel, die sozialen Verbesserungen werden nämlich auch auf Kredit gemacht, später einlösen zu können, bedürfte es einer Politik auf sehr weite Sicht, die auch einen wirtschaftlichen Rückgang mit einkalkulieren müßte. Desweiteren müßte schon, in Anbetracht der Hochkonjunktur vergangener Jahre, eine fühlbare Verringerung der Verschuldung zu verzeichnen sein. Statt dessen werden vom Parlament immer neue Anleihen votiert.

Vor allem aber müßte auf die Ausbildung der kommenden Generationen größter Wert gelegt werden. Jedoch, gerade auf diesem Gebiet liegt noch so manches im Argen und die finanziellen Mittel, die für die Ausbildung der Jugend zur Verfügung stehen, sind völlig unzureichend. Wie soll denn die Jugend, ohne zielvolle Planung, ohne eine ausgezeichnete Ausbildung später die Lage meistern können?

Betrachtet man nun auch noch unsere demographische Entwicklung, so darf man sich fragen: Was passiert, wenn eine Krise kommt? Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung mutet an wie eine schillernde Seifenblase. Sie sieht wunderbar aus. Was aber, wenn sie platzt?

Glaubt man wirklich, daß alles so weitergehen kann? Die Vergangenheit hat gezeigt, daß auf eine Hochkonjunktur unweigerlich eine Krise folgt. Heute schon kann man beobachten, wie die Politiker wahre Seiltänze aufführen, um die Lage einigermaßen im Griff zu behalten. Wie lange wird es noch dauern, bis aus einer gesteuerten Inflation ein Zusammenbruch entsteht? Auch das hat die Jugend bereits erkannt!

Das ist der Fluch der bösen Tat . . . !

Die Völker haben gegen ein Naturgesetz verstoßen. Beobachtet man die Tiere in der Natur, so stellt man fest, daß, außer bei einigen niederen Arten, alle Tiere sich im Falle einer Gefahr schützend vor ihre Jungen stellen. Dem Menschen, dem höchstentwickeltesten Wesen, blieb es vorbehalten, dieses Naturgesetz auf den Kopf zu stellen. Durch die Aufrufe der Exilregierung wurden Tausende von Menschenleben sinnlos geopfert. Das Volk war nicht imstande, seine Jugend zu schützen. Es zeigt sich aber immer wieder, daß bei Verstößen gegen die Naturgesetze, die ja «Gottes Gesetze» sind, die Strafe unausbleiblich ist. Heute weinen die Völker wegen der rückläufigen demographischen Entwicklung. Luxemburg zählt, ohne die 60.000 Ausländer, nur noch rund 280.000 Einwohner. Die Entwicklung ist weiterhin rückläufig.

Diese Entwicklung birgt eine ernste Gefahr für den ersehnten «geruhsamen Lebensabend». Welche Aussichten hat die Jugend?

1) Riesige Hypotheken, die ihre Zukunft belasten. Nach dem Kriege wurde in bewundernswerter «Nationaler Solidarität» eine schöne, feste Schuld angeschafft. Damit wurde der Wiederaufbau und die Entschädigung der «solidarischen Bürger» finanziert.

Bald hatte diese Schuld ein stattliches Aussehen: 10 Milliarden! Nun wurde sie gehegt und gepflegt. Durch zielstrebig gesteuerte inflationistische Manöver wurde in der Folge diese übermäßige Schuld wertmäßig gesehen geringer. Also schritten unsere Politiker resolut dazu über, sie durch neue Anleihen wieder aufzupäppeln.

Heute strotzt sie von Gesundheit! Die Staatsschuld überschreitet die 14 Milliarden-Grenze, die Total-Schuld der Gemeinden nähert sich der 3 Milliarden-Grenze, zusammen also 17 Milliarden. Pro Kopf der luxemburgischen Bevölkerung ergibt das eine Summe von über 600.000 Franken. Die Ausländer werden sich nicht darum reissen, diese Schuld bezahlen zu helfen. Viel eher reissen sie ab. Wie hoch mag da der Anteil sein, der auf jeden produktiv Arbeitenden kommt? Wahrlich eine schöne Erbschaft!

2) Falls nicht rasche Abhilfe geschaffen wird - vorläufig sieht es noch nicht so aus, - dann werden die kommenden Generationen in eine Welt leben müssen, die durch die Unersättlichkeit der oberen Schichten und durch die Verantwortungslosigkeit der Regierungen vergiftet und deren Naturschätze vergeudet wurden.

3) Trotz Statistik und Computer wird eine große Zahl von Studenten und die Angehörigen anderer Berufsgruppen feststellen müssen, daß sie mit dem Erlernen nichts anfangen können, weil in Luxemburg die Voraussetzungen für die Ausübung ihres Berufes einfach fehlen. Sie waren falsch orientiert und müssen nun im Ausland nach Erwerbsmöglichkeiten suchen. Wie dies sich auf die demographische Entwicklung auswirken wird, ist leicht vorauszusagen.

Entschlossenheit der Jugend

So sieht sich die Jugend vor schwere Probleme und vor untragbare Belastungen gestellt. Belastungen, die durch den Egoismus der älteren Generationen entstanden sind. Ueberhöhte Ansprüche haben zu diesen Belastungen geführt und die Jugend erteilt den älteren Generationen eine Lehre. Sie selbst ist anspruchslos, sie begnügt sich mit Wenigem und sie demonstriert es deutlich. Sie ist kameradschaftlich und hilfsbereit und sie demonstriert es deutlich. Sie ist intelligent und hat die Zusammenhänge erkannt, die viele von uns erst jetzt erkennen.

Die heutige Jugend ist entschlossen, wie geordnete Verhältnisse in die Welt zu bringen. Sie wird es auch erreichen, denn sie hat den Weg dazu gefunden. Die Jugend hat Ideale, erzogene Ideale. Ihre Ideale sind aus Erkennt-

nissen geboren und deshalb stärker und dauerhafter, als es unsere je sein konnten. Es handelt sich auch nicht um eine kleine Gruppe, sondern um fast die ganze Jugend der freien Nationen. Diese Jugend wird die ältere Generation vor die Wahl stellen, entweder einen Wandel in der Politik zu schaffen, der allen Menschen gerecht wird, oder bis an ihr Lebensende arbeiten zu müssen. Sie ist nicht gewillt, die riesigen Hypotheken allein abzutragen, die Egoisten zusammengetragen haben und nun auf kommende Generationen abzuwälzen versuchen. Es ist nur normal, wenn die Jugend aufbegehrt. Bei Fortbestand dieser Politik sieht die Jugend eine Katastrophe, einen vollständigen Zusammenbruch auf sich zukommen.

Natürlich wäre es sonderbar, wenn nicht auch hier schon wieder die Politiker ihre Finger im Spiel hätten. Nach bewährtem Rezept werden Störenfriede in die Reihen der Jugend eingeschleußt mit dem Ziel, durch Uebergriffe die Jugend in Mißkredit zu bringen und Polizeiaktionen zu rechtfertigen. Es ist bemerkenswert, daß schon wieder versucht wird, leider oft mit Erfolg, die Jugend ideologisch zu beeinflussen. Das hatten wir doch schon. Das Resultat dieser Beeinflussung haben wir erlebt. Wo sind die Kräfte, die so negativ wirken, die unsere Kinder auffordern zu zerstören? Welche Ziele haben sie? Fördern sie die Anarchie in Erwartung des Rufes nach dem starken Mann? Wollen sie eine Diktatur errichten um unsere Kinder leichter ausbeuten zu können?

Schon ist ziemlich deutlich zu erkennen, was geplant ist. Die Jugend, die ihre Entschlossenheit deutlich gezeigt hat, eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen, soll zersplittert werden. Schon gibt es verschiedene Gruppen, Maoisten, Kommunisten, Trotzlisten, Anarchisten und andere, die sich gegenseitig bekämpfen. Das ist das altbewährte Rezept: Teile und herrsche! So wird fehlgeleiteter Idealismus zum Sprungbrett für Egoisten, die über Leichen gehen, um ihre eigenen Ziele zu erreichen!

Unsere Hilfe der Jugend.

Soll die Jugend nun allein stehen mit ihren Problemen? Dürfen wir abseits stehenbleiben? Sollen wir, angesichts dieser ernsten Lage, weiter unser Schicksal betrauern und auf eine zweifelhafte Anerkennung warten? Gehören wir nicht vielmehr an die Seite unserer Kinder? Wir haben im Kriege die Kameradschaft kennengelernt, eine Kameradschaft, die auch heute noch besteht. Genauso müssen wir auch die Kameraden unserer Kinder sein! Wir müssen die Erkenntnisse, die wir uns teuer erkaufte haben nutzbringend anwenden! Deshalb müssen wir uns für die Probleme unserer Kinder interessieren! Ihre Probleme sind auch unsere. Verbotstafeln, gute Ermahnungen und Zweckoptimismus nützen ihnen nichts! Sie brauchen Hilfe, rasche und tatkräftige Hilfe! Wer aber sollte ihnen diese Hilfe geben, wenn wir sie nicht geben? Wer sollte unsere Jugend verste-

hen wenn wir sie nicht verstehen? Wenn wir bereit sind, ihnen diese Hilfe zu geben, so muß es möglich sein, zusammen mit unserer Jugend eine Zukunft zu schaffen, die lebenswert ist!

Politiker sind gute Psychologen. Die unsrigen haben es geschafft, uns ein Vierteljahrhundert lang in einen nutzlosen, aufreibenden Kampf zu verwickeln. Damit haben sie verhindert, daß wir uns all zuviel um andere z. B. die Zukunft unserer Kinder kümmern. Wir hatten mit unseren Problemen genug zu tun. Zu ihrem Schaden wissen die Politiker aber nicht, was Kameradschaft bedeutet. Diese Analyse zeigt uns den Weg, den wir in Zukunft gehen müssen. Wir müssen, als echte Kameraden, an der Seite unserer Jugend stehen. Sie sind unsere Kinder und sie sind uns lieber und wertvoller, als sämtliche Politiker der Welt!

Es ist nun an der Zeit, einem unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten und deshalb möchte ich folgenden Vorschlag machen:

a) Teilen wir doch der luxemburgischen Regierung in einem offenen Brief folgendes mit:

Die Regierung kennt unsere Forderungen. Sie ist genau im Bilde über die noch offenstehenden Forderungen. Ueber die Rechtmäßigkeit dieser Forderungen besteht kein Zweifel. Wir sind aber nicht gewillt, uns weiterhin in einen entwürdigenden Kampf um unser Recht einzulassen. Wir überlassen es daher der Regierung, die noch offenstehenden Forderungen zu erfüllen oder nicht zu erfüllen. Wir überlassen es den Herren Ministern und Abgeordneten, die Glaubwürdigkeit ihrer persönlichen Versprechen unter Beweis zu stellen. Wir müssen aber darauf bestehen, daß die Versorgung der, im Ausgleichsvertrag mit Deutschland betitelten «Kriegsopfer» so geregelt wird, daß diese in keinem Falle gegenüber den deutschen Kriegsopfern benachteiligt sind!

b) Unsere künftige Tätigkeit:

- 1) Pflege der Kameradschaft, gegenseitige Hilfeleistung.
- 2) Unsere Erkenntnisse und Erfahrungen sowie festgestellte Mißstände in unserer Zeitung «Les Sacrifiés» veröffentlichen.
- 3) Mit der Jugend Kontakt aufnehmen, ihre Probleme studieren und in gegenseitigem Verständnis einen Weg zu einer besseren Zukunft zu suchen und zu finden.

Weiter gibt es noch eine Menge Möglichkeiten, die zu erwägen sind.

Ich persönlich glaube, daß eine Abkehr von einem so unwürdigen und unnützen Kampf, der uns vorzeitig aufreibt, nicht mehr hinausgezögert werden darf.

Eine neue Zielsetzung, mit positiven Aspekten, würde uns schließlich die Ruhe wiedergeben und ließe die Bitterkeit verschwinden.

Correspondance

Luxembourg, le 30 avril 1971

Monsieur Jean DUPONG
Président du Parti Chrétien social
Luxembourg

Monsieur,

Il nous revient du compte-rendu sur le congrès nationale du Parti Chrétien Social, que vous aviez l'honneur de présider, rapport qui fut publié en date du 29 mars dernier au «Luxemburger Wort», que le secrétaire général de votre Parti, Monsieur Nic. Mosar, en parlant du problème politique, qu'est celui des Enrôlés de force, a fait allusion à une lettre du Ministère d'Etat.

Suivant le «Luxemburger Wort» Monsieur Nic. Mosar aurait dit notamment:

« ... Die Partei und Fraktion habe sich fair an die Stellung gehalten, die in einem Brief des Staatsministers festgelegt worden war.»

Nous voudrions savoir de quelle lettre il s'agit en l'occurrence. La seule lettre qui nous soit connue est celle que le Ministre d'Etat Monsieur Werner, a adressée le 28 mai 1970 à la fédération des V.N.E.F. En existe-t-il une autre par laquelle il aurait pris position sur le problème des enrôlés de force?

Par ailleurs, nous vous serions reconnaissants, si vous vouliez bien nous faire savoir pour quand est la réponse que le secrétaire général de votre parti avait promise aux délégués de notre organisation à l'issue de l'entrevue que celle-ci avait avec une délégation de votre parti en date du 20 juin 1970.

Dans l'attente de votre réponse, veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de notre haute considération.

Le Secrétaire,

Le Président.

Le secrétaire générale du Parti Chrétien Social nous fit ensuite parvenir la réponse que voici:

Luxembourg, le 13 mai 1971

Monsieur le Président de
l'Association des Enrôlés de Force
Victimes du Nazisme
9, rue du Fort Elisabeth
Luxembourg

Monsieur le Président,

Vous avez bien voulu me transmettre copie d'une lettre du 30 avril 71 adressée à Monsieur Jean DUPONG, Président du Parti.

Dans ladite lettre, vous référant au rapoort que j'ai présenté lors du dernier congrès national du Parti, vous posez la question de

18 Les Sacrifiés

savoir s'il existe une autre lettre que celle du 28 mai 1970 par laquelle Monsieur le Ministre d'Etat aurait pris position au sujet du problème des Enrôlés de Force. Je vous confirme formellement que la seule lettre dont nous ayons connaissance est celle du 28 mai 1970 que Monsieur le Ministre d'Etat vous a adressée au nom du Gouvernement.

Par ailleurs, je tiens à vous confirmer qu'à la suite de notre entrevue du 20 juin 1970 j'ai fait, de même que les autres membres de notre délégation, tous les efforts pour pouvoir vous faire connaître par écrit notre attitude définitive. C'est ainsi que j'ai soulevé cette question au cours d'au moins six réunions du Comité Exécutif du Parti. Si malgré tous ces efforts je n'ai pas réussi jusqu'à ce jour à faire prendre une attitude commune sur le plan interfractionnel de la part des partis de l'actuelle coalition gouvernementale, c'est qu'en dépit d'innombrables rappels le Parti démocratique n'a pas pu nous faire connaître son attitude définitive quant aux problèmes qui vous préoccupent.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de mes salutations très distinguées.

Le Secrétaire Général,

Nic. Mosar.

monopol : *Scholer*

Das große Fachgeschäft für beste
HERRENKLEIDUNG

Och eng Spicht vum Rénert

In dieser Nummer suchst Du, lieber Leser, vergebens nach einer Fortsetzung dieser Publikation. Und auch in dem nächstfolgenden Bulletin wird nichts mehr davon zu finden sein. Nicht etwa, weil mit dem 8. Gesang dieses Tierepos zu Ende ist, sondern, weil es in Bälde, wie bereits angekündigt, in Buchform vorliegen wird.

Du hast also noch knapp einen Monat lang, nämlich bis Ende August Zeit, Deine Bestellung aufzugeben, durch Ueberweisung des Betrages von 125,— Fr. auf das Konto des Autors

Fr. STEFFEN, Luxemburg

Staatsparkasse

Konto-Nr. 1000/2194-3

Übrigens: Nach den Ereignissen beim Hochhaus auf Kirchberg sah sich der Autor genötigt, noch ein Kapitel hinzuzufügen, sodaß die ganze Dichtung nun aus einem Vorspiel, 11 Gesängen und einem Nachspiel besteht. Die Illustrationen von Allison Koch-Kent nicht zu vergessen.